



Politische Bildung im Strafvollzug – Konzepte und Zugänge in der Bearbeitung islamistischer und rechtsextremer Ideologien

Bundesweiter Fachtag, 8. Juni 2018, Berlin



03 **Vorwort**

Input

04 **Rechtsextremismus und Islamismus. Ein gemeinsames Handlungsfeld der Präventionsarbeit?**
Michaela Glaser

05 **Rechtsextremismus und Islamismus. Prävention und Intervention im Strafvollzug**
Jens Borchert

Praxisfeld: Geschichte und Politik

06 **»Lasst mich ich selbst sein«**
Ausstellungsprojekte des Anne Frank Zentrums

07 **Ein Abriss des Vergangenen**
Geschichtswerkstätten von Cultures Interactive e.V.

Praxisfeld: Religion und Politik

08 **Alternativen zum Radikalen**
Workshops des Violence Prevention Network

09 **Eine religiöse Erkundungstour**
Jüdisches Museum zeigt mobile Ausstellung

Praxisfeld: Kultur und Politik

10 **Rauf auf die Bühne**
Das Berliner Gefängnistheater aufBruch

11 **Dramen hinter Mauern**
»Die Werft« – Kulturbühne in der JVA Wiesbaden

Impressum



Liebe Leserinnen und Leser,

Projekte der historischen und politischen Bildung können einen wichtigen Beitrag zur Prävention rechtsextremer und islamistischer Ideologien leisten. Mit unseren Angeboten möchten wir Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft erreichen.

Seit 2015 setzt das Anne Frank Zentrum kontinuierlich Wanderausstellungsprojekte in Justizvollzugsanstalten um. Junge Menschen in Haft setzen sich in diesen Projekten intensiv mit der Geschichte des Nationalsozialismus sowie Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung auseinander und begleiten als Guides Gefangene und Besucher*innen durch unsere Ausstellungen. Aus dieser Arbeit heraus ist die Idee entstanden, den Fachdiskurs im Feld der politischen Bildung im Strafvollzug anzuregen.

Gemeinsam mit dem Violence Prevention Network und mit freundlicher Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung sowie der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung haben wir 2018 zum zweiten Mal zu einem Fachaustausch eingeladen. Im Rahmen des Fachtags »Politische Bildung im Strafvollzug – Konzepte und Zugänge in der Bearbeitung islamistischer und rechtsextremer Ideologien« am 8. Juni in Berlin haben sich über 80 Mitarbeiter*innen freier Bildungsträger, Justizvollzugsanstalten und Justizministerien über ihre Konzepte und Erfahrungen ausgetauscht. Ein Schwerpunkt der Diskussion waren die Schnittmengen und Differenzen in der Prävention und Deradikalisierung rechtsextremer und islamistischer Ideologien.

Die fachlichen Impulse aus der Forschung und vorgestellten Projekte aus den Praxisfeldern Geschichte, Religion und Kultur sowie einige Ergebnisse der Diskussionen können Sie der vorliegenden Broschüre entnehmen. Wir danken Ihnen für Ihr Interesse.

Patrick Siegele
Direktor des Anne Frank Zentrums



Rechtsextremismus und Islamismus. Ein gemeinsames Handlungsfeld der Präventionsarbeit?

Michaela Glaser, protokolliert von Tom Waurig

Rechtsextremismus und Islamismus haben auf den ersten Blick wenig gemein. Doch seit einigen Jahren befasst sich die Wissenschaft mit ideologischen Gemeinsamkeiten, sich ähnelnden Fanatisierungsprozessen und austauschbar wirkenden Charaktermerkmalen beider Szenen, um einen Nutzen für die Präventionsarbeit abzuleiten. Denn während die Bundesrepublik im Umgang mit der rechtsextremen Szene eine lange Tradition kennt, ist die Islamismusprävention ein recht junges Feld. Um passende Ausstiegsmöglichkeiten oder Deradikalisierungsprogramme entwickeln zu können, muss man verstehen, warum sich junge Menschen diesen Ideologien zuwenden.

Gemeinsamkeiten im ideologischen Bereich bestehen zunächst einmal in der Ablehnung der Normen und Spielregeln der offenen Gesellschaft und des demokratischen Verfassungsstaates. Beiden Szenen schwebt als Ideal ein autoritär geführter Staat vor, in dem das Individuum mit seinen Grundrechten dem homogenen politischen Kollektiv untergeordnet werden soll. Ein grundlegender Unterschied besteht in der Frage, wie das Kollektiv bestimmt wird: ethnisch homogen versus religiös. Doch die Ideologieinhalte spielen für den Einstieg in eine extremistische Szene meistens eine weniger zentrale Rolle. Häufig sind es insbesondere in der Jugendphase ein Gemeinschaftsversprechen, die Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft, die Suche nach einem Abenteuer oder einer Grenzerfahrung, die auf Jugendliche attraktiv wirken.

Eine Hinwendung zu extremistischen und gewaltaffinen Szenen ist meist während der Adoleszenz zu beobachten. Junge Menschen sind in dieser Zeit offener für Veränderungen und auf der Suche nach Zugehörigkeit. Während Jugendliche, die sich der rechtsextremen Szene anschließen, meistens ausgeprägte fremdenfeindliche Motive aufweisen, sind die Ziele des radikalen Islamismus zunächst weniger entscheidend. Die betreffenden Jugendlichen suchen eher nach religiösen Antworten als nach einer islamistischen Gruppierung. Auswirkungen auf die Radikalisierung haben auch persönliche Erfahrungen mit Ausgrenzung, Mobbing oder Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Bildung oder sozialem Status. Motive, Intensität und Verlauf aber sind immer individuell. Die Hinwendung zu einer extremistischen Szene dient als Bewältigungsstrategie in Umbruchsphasen und schwierigen Lebenslagen. Auch gesellschaftliche Diskurse, etwa ein fremdenfeindliches Klima oder pauschalisierende islamfeindliche Debatten, stellen einen relevanten Einflussfaktor dar.

Die pädagogische Arbeit sollte demnach mehrdimensional aufgestellt sein. Zum einen geht es um eine Auseinandersetzung auf ideologischer Ebene, um eine inhaltliche Diskussion, zum anderen braucht es lebenspraktische Hilfen, insbesondere für junge Menschen. Um radikalisierte Jugendliche zu reintegrieren, ist die Arbeit mit der eigenen Biografie entscheidend. Es geht darum, alternative Denk- und Deutungsmuster anzubieten und diese zu fördern. Checklisten machen keinen Sinn, weil Biografien unterschiedlich verlaufen. Die Rechtsextremismusprävention bietet dafür einen reichen Fundus an Erfahrungen. Im Feld der Islamismusprävention bedarf es zudem der Einbindung religiöser Partner*innen als glaubwürdige Ansprechpersonen.

Michaela Glaser arbeitet am Deutschen Jugendinstitut in Halle als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention.



Rechtsextremismus und Islamismus. Prävention und Intervention im Strafvollzug

Jens Borchert, protokolliert von Tom Waurig

39.505 politisch motivierte Straftaten zählte das Bundeskriminalamt im vergangenen Jahr, darunter 3.745 Gewaltdelikte. Demzufolge sehen sich nicht nur die Sicherheitsbehörden mit Rechtsextremismus und Islamismus konfrontiert, sondern auch der Strafvollzug. Entscheidend ist die Frage, wie eine Radikalisierung von Inhaftierten verhindert werden kann und welche Formen des Umgangs angemessen sind. Wie kann eine Abwendung und Umkehr von diesen ideologischen Denkfiguren gelingen? Für die Anstaltsleitungen und das Personal in Justizvollzugsanstalten gewinnen in diesem Zusammenhang Präventions- und Interventionsmaßnahmen zunehmend an Bedeutung.

Allgemein beschreibt der Begriff der Radikalisierung die Hinwendung zum Extremismus. Eigene Erfahrungen von Diskriminierung und Ausgrenzung, empfundenes Unrecht, persönliche Unsicherheiten, die Suche nach einer gemeinsamen Identität sowie autoritäres Denken und die Bewunderung charismatischer Persönlichkeiten können die Hinwendung zu extremistischen Ideologien begünstigen. Bezugspersonen, Gruppen, soziale Netzwerke und politische Diskurse können ebenso verstärkend wirken. Neben den ideologischen Unterschieden des Rechtsextremismus und des Islamismus eint beide die Ablehnung der Demokratie und der verfassungsmäßigen Ordnung.

Ein bekanntes Beispiel für einen islamistischen Täter in Haft ist Anis A., der im Winter 2016 einen Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz verübte, bei dem zwölf Menschen zu Tode kamen. Vor dieser Tat verbüßte er eine vierjährige Haftstrafe in Italien und soll währenddessen immer wieder Mitgefangene oder Bedienstete angegriffen haben. Anis A. radikalisierte sich in Haft, wie man heute weiß. Auch im Phänomenbereich Rechtsextremismus finden sich Beispiele dafür: Während Hendrik M. eine achtjährige Haftstrafe für den Mord an einem Mitschüler verbüßte, konnte er im Gefängnis sein rechtsextremes Weltbild festigen und veröffentlichte aus der Haft heraus Aufnahmen und Liedtexte für die Neonazi-Band »Absurd«.

Welche Möglichkeiten gibt es, im Strafvollzug einzugreifen? Maßnahmen der Intervention und Prävention müssen die individuelle Situation, das Gruppengefüge und auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Blick nehmen. Im Bereich der Radikalisierungsprävention gibt es heute eine Vielzahl von Angeboten. »Deradikalisierung« beschreibt dabei den Prozess des Verlernens extremistischer Einstellungen hin zu einer »nichtkriminellen und moderaten Identität« (Daniel Köhler). Dabei unterbreiten Projektträger vielfach Bildungs-, Beratungs- und Informationsangebote. Anhand von Methoden der Biografie- und Gruppenarbeit wird das Handeln der Gefangenen reflektiert und es werden persönliche Perspektiven aufgezeigt. Kurzfristige Projekte werden allerdings kaum Erfolg haben. Es braucht nicht nur geschützte Räume, sondern eine belastbare, sichere Beziehung – eine temporäre Stabilität. Daran schließt die Notwendigkeit einer nachhaltigen Finanzierung von Angeboten der politischen Bildung im Strafvollzug an. Wichtig ist es, auf den verschiedenen Ebenen zu wirken, konzeptionelle sowie handlungsleitende Grundlagen und tragfähige Kooperationen aus Wissenschaft und Praxis zu schaffen. Auch die Mitarbeiter*innen der Justizvollzugsanstalten sollten in die Angebote der politischen Bildung und die Präventionsarbeit aktiv einbezogen werden.

Prof. Dr. Jens Borchert ist Professor für Sozialarbeitswissenschaft an der Hochschule Merseburg. Davor war er über zehn Jahre im Vollzugsdienst tätig. Den Studierenden bringt er diese Arbeit in Seminaren näher.

Praxisfeld: Geschichte und Politik

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist immer auch mit Fragen der Gegenwart verknüpft. Das historische Lernen ermöglicht damit auch einen Zugang zur kritischen Reflexion und Prävention von diskriminierenden und antidemokratischen Haltungen. Dafür werden auch die Perspektiven und Biografien der Teilnehmenden selbst einbezogen.



Die Ziele, Methoden und Herausforderungen der Wanderausstellungsprojekte in Justizvollzugsanstalten stellte Projektleiter Roman Guski vor.

»Lasst mich ich selbst sein«

Ausstellungsprojekte des Anne Frank Zentrums

Wie können Jugendliche im Strafvollzug von Angeboten der historisch-politischen Bildung erreicht werden und von diesen profitieren? Diese Frage nahm das Anne Frank Zentrum zum Anlass, um Wanderausstellungsprojekte zur Geschichte Anne Franks und der Zeit des Nationalsozialismus auch in Justizvollzugsanstalten umzusetzen. Die Ausstellung »Lasst mich ich selbst sein« Anne Franks Lebensgeschichte regt aber genauso zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung heute an. Über zwei Tage werden die

zumeist jugendlichen Inhaftierten entlang des pädagogischen Ansatzes der Peer Education zu Ausstellungsbegleiter*innen ausgebildet. Sie werden in ihren persönlichen Kompetenzen gestärkt und befähigt, anderen Inhaftierten, Bediensteten und externen Besucher*innen die Ausstellung zu zeigen. So habe man sich eine oft vernachlässigte Zielgruppe erschlossen. »Peer Education verbindet Wissensvermittlung, Selbstreflexion und Selbstwirksamkeitserfahrungen«, fasst Projektleiter Roman Guski zusammen.



Erwünscht sei, dass die Teilnahme am Projekt freiwillig erfolge und die Projektarbeit möglichst in den Haftalltag integriert wird, beispielsweise durch die Einbettung in den Unterricht im Strafvollzug oder andere vertiefende Bildungsangebote. Das Angebot der historisch-politischen Bildung liefere zwar keine Antwort auf verfestigte rechtsextreme oder islamistische Einstellungen, schaffe aber einen Raum zur Reflexion eigener Haltungen und den Austausch von Erlebnissen. Insbesondere der biografische Zugang über das Leben Anne Franks, ihr Tagebuch oder auch die Erfahrungen des Einsperrtseins im Versteck ermöglichen eine Beschäftigung mit den nationalsozialistischen Verbrechen und Fragen der Erinnerungskultur.

Ein Abriss des Vergangenen

Geschichtswerkstätten von Cultures Interactive e.V.

Mit der wachsenden Zahl ideologisch motivierter Straftaten sind auch die Herausforderungen im Umgang mit islamistischen und rechtsextremen Straftäter*innen gestiegen. Bei den Projekten von Cultures Interactive steht nicht die jeweilige Tat, sondern die Aufarbeitung des Erlebten und der persönlichen Vergangenheit im Vordergrund. Der Verein arbeitet im Brandenburger Erwachsenenvollzug mit Inhaftierten im Alter zwischen 25 und 35 Jahren. Die Gruppen sind nicht größer als zwölf Personen, dafür unterschiedlich besetzt, um Kontroversen zu ermöglichen. »Im Umgang mit all jenen, die eine Affinität zu extremen Ideologien zeigen, sind eine professionelle Haltung und eine klare Distanz zu den favorisierten Ideologien unabdingbar«, sagt Helmut Heitmann.

Am Anfang eines jeden Workshops steht ein historischer Abriss von Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute. Die eigene Lebensgeschichte und die der Familie dienen dabei als Zugang – woher stammen die Vorfahren, welchen Ursprung hat der eigene Name. Die über einen längeren Zeitraum angelegten Geschichtswerkstätten sollen die Aufbereitung von lebensgeschichtlichen sowie sozialpolitischen Themen ermöglichen, um biografische und aktuelle politische Fragestellungen miteinander zu verknüpfen. Ausgangspunkt sind die Lebenswege der jungen Häftlinge. »Stimmungen und Emotionen kommen zur Sprache, womöglich aber auch sehr eindimensionale Sichtweisen auf die bestehende Gesellschaft«, so Heitmann. Die Teilnehmenden will der Verein zu einem differenzierten Denken anleiten, um sich von Ideologien zu distanzieren.



Mitveranstalterin Judy Korn vom Violence Prevention Network im Gespräch mit Dr. Katharina Penev-Ben Shahr vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Teilnehmer aus Hannover:

»Unsere Maßnahmen suchen Antworten auf alle Formen des politischen Extremismus. Für die Institution Gefängnis ist das Thema Salafismus von eminenter Bedeutung.«

Teilnehmer aus Erfurt:

»Der Extremismus fordert uns. Die politische Bildungsarbeit kann dabei eine Strategie sein, um die Netzwerkbildung zu fördern und sich radikalen Strömungen anzunehmen.«

Teilnehmer aus Leipzig:

»Bei denjenigen, die sich bereits radikalisiert haben, möchten wir alternative Lebensweisen aufzeigen – in der Hoffnung, dass sie sich davon distanzieren.«

Teilnehmerin aus Berlin:

»Es mangelt nicht an Methoden und auch nicht an Menschen, die Angebote haben. Aber wenn es uns nicht gelingt, die Justizvollzugsanstalten vernünftig auszustatten, wird die Arbeit scheitern.«

Teilnehmer aus Berlin:

»Es braucht Menschen, die den Projekten die Tür öffnen. Wir können uns noch so viele tolle Sachen ausdenken, aber wenn es vor Ort scheitert, dann ist alles verschenkte Liebesmühe.«

Praxisfeld: Religion und Politik

Religion erfüllt eine wichtige Funktion im Strafvollzug. Religiöse Bezüge können Ausgangspunkt für Gemeinsamkeiten innerhalb einer Gruppe von Inhaftierten sein, religiöse Argumentationen sind aber auch Bestandteil islamistischer und antisemitischer Deutungsmuster. Die Vermittlung eines differenzierten Religionsverständnisses kann somit zur Prävention islamistischer und antisemitischer Einstellungen beitragen.

Alternativen zum Radikalen

Workshops des Violence Prevention Network

Bildungsdefizite und die Unwissenheit beim Thema Islam sowie die daraus folgende Gefahr einer Agitation durch Dschihadist*innen waren für das Violence Prevention Network der Ausgangspunkt, Bildungsangebote im Strafvollzug zu unterbreiten. Der Verein spricht vor allem radikalierungsanfällige Jugendliche an, die im Vollzug mit extremistischen Ideologien in Berührung kommen könnten. Wichtig seien

Teilnehmer aus Frankfurt:

*»Durch spezifische Angebote und Trainings werden ideologisierte Denkmuster radikalierter Straftäter*innen hinterfragt, verändert oder abgelegt.«*

Teilnehmerin aus Jena:

»Durch Prävention und die Unterbrechung der Gewaltkarriere, wird die Lebenslage der Zielgruppe verbessert. Durch den Ausstieg aus extremistischen Szenen können Haftverkürzungen die Folge sein, langfristig können sich neue Lebensperspektiven und berufliche Chancen ergeben.«

Teilnehmerin aus Berlin:

»Mit politischer Bildung in Justizvollzugsanstalten verbinde ich eine besonders schwierige Zielgruppe, ein schwieriges Setting und ein Bildungsangebot für Menschen, die gerade im Gefängnis sind.«

Teilnehmer aus Leipzig:

»Wir haben es mit schwierigen Jungs zu tun, die darüber hinaus noch ein niedriges Bildungsniveau mitbringen. Deswegen spielen pädagogische Angebote eine wesentliche Rolle.«

muslimische Ansprechpartner*innen, verdeutlichen die Mitarbeitenden Chalid Durmosch und Feride Aktaş. Andere würden kaum ernst genommen, denn die Religion sei für viele Inhaftierte zum Rückhalt geworden. Wichtig sei es, die Jugendlichen zur Selbstreflexion anzuregen.

Durmosch und Aktaş nennen das Arbeiten mit ihrer Zielgruppe »Grundimmunisierung«. Denn selten verfügten die Teilnehmenden der Workshops über geschlossene Weltbilder, sie vertreten aber häufig Ressentiments. »Voraussetzung für die Teilnahme sind ein Interesse am Thema und ein in Ansätzen erkennbares Reflexionsvermögen«, wie der Verein erklärt. Politische Bildung und Religion stehen dabei nicht im Widerspruch zueinander. Die Inhalte gehen von den Interessen der Teilnehmer*innen aus. Anhand ihrer Überzeugungen wird gefragt, was sie umtreibt und was sie von ihrer Umwelt zu wissen glauben. Sie sollen über Werte nachdenken und Grundregeln menschlicher Kommunikation einüben. Die beiden Mitarbeitenden wollen verunsichern, neue Perspektiven auf Religion und muslimischen Glauben bieten.



Chalid Durmosch und Feride Aktaş thematisieren in ihren Workshops Fragen von Identität und Religiosität.

Eine religiöse Erkundungstour

Jüdisches Museum zeigt mobile Ausstellung



Sechs mal sechs Meter, mehr Ausstellungsfläche braucht das Jüdische Museum Berlin nicht. Lange Dossiers oder lebensgroße Tafeln sucht man bei der mobilen Ausstellung »on.tour« vergebens. In fünf roten Würfeln sind Gegenstände zu jüdischer Religion, Kultur und Geschichte zu sehen, aber auch Zeugnisse antisemitischer Verfolgung. Viele Exponate haben einen Bezug zur Lebenswelt von Jugendlichen. »Alltagsgegenstände und religiöse Objekte geben Auskunft darüber, wie Religion und tägliches Leben miteinander verflochten sind«,

Mit dem Projekt »on.tour« möchte das Jüdische Museum Berlin Jugendliche deutschlandweit erreichen. Alexander Green gab einen Einblick in die pädagogische Arbeit mit der Ausstellung.

berichtet Alexander Green, freier Mitarbeiter des Museums. Das Bildungsangebot richtet sich vor allem an Kinder und Jugendliche, die nicht ohne weiteres das Museum in Berlin besuchen können – so die Idee. Dazu gehören auch Gefangene der Jugendstrafanstalt Plötzensee, wo das Ausstellungsprojekt inzwischen regelmäßig Station macht.



Begleitet von Referent*innen können die Jugendlichen die Ausstellung erkunden – auf den Würfeln sitzen, sie drehen, wenden und sich anhand kurzer Texte Inhalte selbstständig erschließen. Zudem bietet das Team interaktive Führungen an. Parallel dazu finden Workshops statt. Inhaltlich geht es dabei wahlweise um jüdische Kindheit und Jugend nach 1945 oder das jüdische Leben in Deutschland und die Themen Identität, Herkunft, Glaube und Heimat. Die Schwelle, sich antisemitisch zu äußern, sei hoch, so Green, weil die Teamer*innen selbst als jüdisch wahrgenommen würden. Die pädagogische Arbeit mit der Ausstellung setzt beim Hinterfragen von antisemitischen Stereotypen und einer Differenzierung zwischen Judentum, Israel als Staat und der israelischen Politik an. Damit das auch gelingt, braucht es vor allem eines: die Offenheit der Anstaltsleitungen.

Moderiert wurde der Workshop »Religion und Politik« von Franziska Göpner vom Anne Frank Zentrum.

Praxisfeld: Kultur und Politik

Welchen Beitrag können Zugänge der kulturellen Bildung zur Prävention von menschenverachtenden Ideologien leisten? Seit einigen Jahren finden auch im Strafvollzugs Theaterprojekte statt, bei denen Inhaftierte Stücke proben und auf die Bühne bringen. Die Themen des jeweiligen Theaterstücks, aber insbesondere auch soziale Aspekte dieser Projekte leisten einen Beitrag zur Demokratiebildung.

Rauf auf die Bühne

Das Berliner Gefängnistheater aufBruch

Seit inzwischen 18 Jahren arbeitet aufBruch kontinuierlich in der Berliner Justizvollzugsanstalt Tegel. Das Theaterprojekt setzt sich künstlerisch mit gesellschaftlichen und politischen Themen auseinander und will Haftanstalten für das Mittel der Kunst öffnen. »Ziel ist, durch darstellerisches Handwerk den Gefangenen eine Sprache, eine Stimme, ein Gesicht zu verleihen, um eine vorurteilsfreie Begegnung zwischen Draußen und Drinnen zu schaffen«, so Holger Syrbe. Charakteristisch



Kunst im Knast: Seit vielen Jahren arbeitet Bühnenbildner Holger Syrbe mit Gefangenen in Berliner Justizvollzugsanstalten.

für aufBruch sei ein vielköpfiges, ausdrucksstarkes Ensemble aus Inhaftierten auf der Bühne und ein theatererfahrenes Leitungsteam, das den professionellen Rahmen garantiere.

Der Ablauf ist klar strukturiert: Mit den Lehrkräften und Sozialarbeiter*innen werden geeignete bzw. motivierte Inhaftierte gesucht, es folgt ein erstes Kennenlernen. Danach beginnt die Arbeit am Stück – Schreibworkshops, Stimmübungen, Choreographie, Körpertraining. Es ist ein Mammutprogramm für alle Beteiligten: vier bis fünf Tage Probe, jeweils fünf bis sechs Stunden und das über sieben Wochen. Eingübt werden häufig klassische Stücke. Denn diese handeln meistens von Dingen, mit denen die Häftlinge auch konfrontiert sind – mit der Durchsetzung von Macht, dem Drängen nach Freiheit, der Auseinandersetzung mit Schuld. Sechs bis acht Mal wird das Stück aufgeführt. Die Vorstellungen sind öffentlich. Das sei wichtig für die Resozialisierung, meint Bühnenbildner Syrbe. »Den Zuschauerinnen und Zuschauern wird deutlich, dass da Personen hinter den Mauern sitzen.«



Dramen hinter Mauern

»Die Werft« – Kulturbühne in der JVA Wiesbaden

Gespielt wird Schiller oder Shakespeare: Othello, Macbeth, Die Räuber. In der JVA Wiesbaden ist ein Theaterprojekt entstanden, das auf kulturelle Bildung setzt, um Strafgefangene davon abzuhalten, nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis wieder straffällig zu werden. Ein Modell mit Erfolg: »Von den hundert Männern, die in den zehn Jahren mitspielten, wissen wir nur von einem Rückfall«, erklärt Peter Protic, Regisseur des Fördervereins JVA Holzstraße. Das Theaterspielen ermöglichte den Gefangenen, Emotionen zu zeigen und sich so mit sich selbst auseinanderzusetzen. Jeder könne an dem Projekt teilhaben, allerdings sollten die Teilnehmenden dazu bereit sein, sich auf »etwas Großes« einzulassen. Oft seien es junge Menschen, die im Begriff sind, sich zu radikalieren. Viele vertreten fundamentalistische Haltungen.

Die Gruppen sind nicht größer als sieben Personen. Was das Theater vom Haftalltag unterscheidet? Das Prinzip der Freiwilligkeit, die Ernsthaftigkeit der Arbeit und das Mitspracherecht, weiß Protic. Um einen Zugang zu den Insassen zu bekommen, sei es von Vorteil, von außen dazuzukommen. Seit 2015 bietet das Projekt auch Musikunterricht, eine Filmgruppe, eine Schreibwerkstatt und Philosophie-Seminare an. Pro Stück besuchen etwa 700 Gäste die Vorstellungen, darunter auch Theaterinteressierte. Für viele Inhaftierte sei es eine neue Erfahrung, »dass alle vom Erfolg abhängig sind«. Das Vertrauen der JVA in das Projekt ist groß – mittlerweile haben die Verantwortlichen einen eigenen Schlüssel für den Proberaum, ganz ohne Aufsicht.



Während des Fachtages gab es viele Möglichkeiten zum Austausch und zur Diskussion.

Teilnehmerin aus Berlin:

»Die Inhaftierten sind eine Zielgruppe, die sich auch ›draußen‹ nicht wirklich für die politische Bildung interessiert. Deswegen ist es besonders schwer, an sie heranzukommen.«

Teilnehmerin aus Halle:

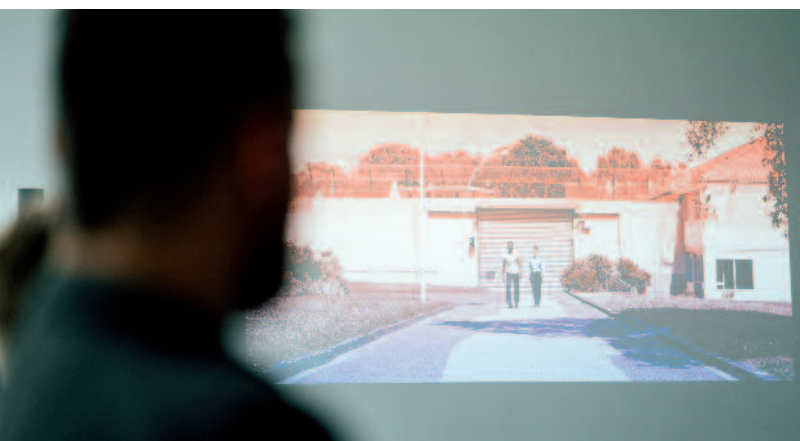
»Der überwiegende Teil der Gefangenen hat Bildungsdefizite. Wenn wir mit ihnen gemeinsam etwas nachholen können, haben wir schon viel geboten.«

Teilnehmerin aus Erfurt:

»Für politische Bildungsprojekte in JVA's braucht es unglaublich viel Koordinierung. Auf der anderen Seite sehe ich eine nicht leicht handhabbare Zielgruppe.«

Teilnehmer aus Berlin:

»Es ist wichtig, dass sich die Gefangenen auch mit anderen Themen befassen können, als nur damit, dass die Tür auf- und wieder zugeht.«



Digitale Wandel? Die Möglichkeiten sind begrenzt, aber auch in Justizvollzugsanstalten wird mit digitalen Medien gearbeitet.

Impressum

Herausgeber

Anne Frank Zentrum e. V., Rosenthaler Straße 39, D-10178 Berlin
Tel.: +49 30 288 86 56 00, Fax: +49 30 288 86 56 01
zentrum@annefrank.de, www.annefrank.de

V.I.S.D.P.: Patrick Siegele

Redaktion: Franziska Göpner, Roman Guski, Tom Waurig

Lektorat: Lena Jogschies, Anja Spiller

Fotos: Benjamin Jenak, Portrait Patrick Siegele: Stephan Pramme

Layout: Kerstin John, Kommunikationsdesign

Druck: Pinguin Druck GmbH

Berlin, Oktober 2018

Eine Veranstaltung in Kooperation mit:



Mit freundlicher Unterstützung von:



Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Die vorliegende Broschüre dokumentiert die Beiträge und Diskussionen des Fachtags »Politische Bildung im Strafvollzug – Konzepte und Zugänge in der Bearbeitung islamistischer und rechtsextremer Ideologien« des Anne Frank Zentrums in Kooperation mit dem Violence Prevention Network, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung. Im Rahmen der Tagung, die am 8. Juni 2018 in Berlin stattfand, wurden Ansätze, Konzepte und Praxisbeispiele der politischen Bildungsarbeit zu den Themenfeldern Rechtsextremismus und Islamismus vorgestellt. Diskutiert wurden insbesondere Schnittmengen und Differenzen in der Prävention, Intervention und Deradikalisierung der verschiedenen Ideologien. Die Broschüre gibt weiteren Anstoß zur fachlichen Diskussion um Chancen, Rahmenbedingungen und Grenzen von Angeboten der politischen Bildung im Strafvollzug.

